

Antrag

**der Abgeordneten Sandro Kappe, Thilo Kleibauer, Dr. Anke Frieling,
Dennis Thering, Silke Seif, Richard Seelmaecker (CDU) und Fraktion**

zu Drs. 22/14821

Betr.: Chancenorientierte Nutzung von künstlicher Intelligenz: Ein zukunftsweisender Ansatz für die Verwaltung Hamburgs

Künstliche Intelligenz (KI) birgt ein enormes Potenzial, das weit über die bloße Automatisierung von Verwaltungsprozessen hinausgeht. Durch den gezielten Einsatz von KI-Technologien können wir nicht nur die Effizienz und Qualität der Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung verbessern, sondern auch neue Möglichkeiten für Innovation und Fortschritt erschließen.

KI-Systeme ermöglichen es der Verwaltung, komplexe Datenmengen zu analysieren, Muster zu erkennen und fundierte Entscheidungen zu treffen, die auf Echtzeitinformationen basieren. Dies kann dazu beitragen, die Bürgerservice-Erfahrung zu personalisieren, indem beispielsweise Bürger schneller und präziser auf ihre Anfragen antworten können. Darüber hinaus bietet KI die Möglichkeit, Prozesse zu optimieren, Ressourcen effizienter einzusetzen und vorausschauende Maßnahmen zur Bewältigung zukünftiger Herausforderungen zu ergreifen.

Es ist wichtig anzuerkennen, dass KI nicht nur als Risiko, sondern auch als Chance gesehen werden muss. Die Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg sollte daher ermutigt werden, die Möglichkeiten von KI voll auszuschöpfen, um den öffentlichen Dienst zu modernisieren, die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt im digitalen Zeitalter zu stärken und dem alarmierenden Mangel in Hamburger Behörden und Ämtern wirkungsvoll zu begegnen.

Die Anerkennung durch Bitkom als „bestes Bundesland im Bereich Governance & digitale Verwaltung“ ist zwar lobenswert, jedoch relativiert sich dieser Erfolg beim Betrachten der Gesamtleistung der deutschen Bundesländer. Während Hamburg möglicherweise unter den Blinden der Einäugige ist, wie das Sprichwort besagt, bedeutet dies nicht, dass wir wirklich klarsehen. Der Vergleich mit Ländern wie Estland verdeutlicht, wie viel Hamburg noch tun muss, um ein echter digitaler Vorreiter zu werden. Estland hat sich als weltweit führend in der digitalen Verwaltung etabliert, mit einem hochmodernen E-Government-System, das Bürgern nahezu alle staatlichen Dienstleistungen online zur Verfügung stellt – von der Steuererklärung bis zur Stimmabgabe bei Wahlen. In Estland sind 99 Prozent aller Leistungen digitalisiert. Im Gegensatz dazu sind in Hamburg lediglich 50 Prozent aller Leistungen zu 100 Prozent digitalisiert. KI könnte dabei helfen, damit Hamburg endlich im internationalen Vergleich Anschluss gewinnt.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. die Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg zu ermutigen, KI-Technologien verstärkt einzusetzen, um die Effizienz, Genauigkeit und Geschwindigkeit ihrer Dienstleistungen zu verbessern. Insbesondere soll die Entwicklung und Implementierung von KI-Systemen in Bereichen erfolgen wie:

- Verbesserung des Bürgerservice durch personalisierte Interaktionen und schnellere Bearbeitung von Anfragen;
 - Optimierung von Verwaltungsprozessen wie der Zuweisung von Ressourcen, der Planung von Infrastrukturprojekten und der Verwaltung von Steuerdaten;
 - Vorhersage von Bedarfen und Trends, um vorausschauende Maßnahmen zur Bewältigung von Herausforderungen in den Bereichen Verkehr, Umwelt, Gesundheit und Sicherheit zu ermöglichen.
2. sicherzustellen, dass der Einsatz von KI-Systemen in der öffentlichen Verwaltung einen echten Mehrwert für die Bürger bringt. Dafür ist es von entscheidender Bedeutung, dass Transparenz und Nachvollziehbarkeit gewährleistet sind. Dies sollte jedoch nicht dazu führen, dass innovative Entwicklungen behindert werden. Daher soll der Senat die Verwaltung beauftragen, klare Richtlinien und Standards für die Transparenz und Nachvollziehbarkeit von KI-Systemen zu entwickeln, die gleichzeitig den Innovationsprozess nicht hemmen.
 3. die Verwaltung zu ermutigen, eng mit Experten aus Wissenschaft, Industrie und Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten, um Best Practices und ethische Leitlinien für den Einsatz von KI zu entwickeln und sicherzustellen, dass die KI-Anwendungen den höchsten Standards in Bezug auf Datenschutz, Fairness und Diskriminierungsfreiheit entsprechen.
 4. der Bürgerschaft bis zum 15. August 2024 zu berichten.